

■ Die staatlich subventionierte »Aufarbeitung der SED-Diktatur« prägt die öffentliche Meinung über die DDR und den Umgang mit ihren ehemaligen Bürgern. Dabei ist das vermittelte Geschichtsbild höchst einseitig und die Lebensleistung zahlloser Menschen wird denunziert. Matthias Krauß, früherer Redakteur der *Märkischen Volksstimme*, stellt sich in seiner am 11. April erscheinenden »Streitschrift« unter anderem die Frage »Welcher Methoden bedienen sich die Aufarbeiter?« Aus dem dazu von ihm verfassten Kapitel veröffentlicht/jW einen Auszug. (jW)

Was heutzutage unter dem Label »Aufarbeitung der DDR-Geschichte« stattfindet, ist seinem Wesen nach SED-Propaganda mit umgekehrtem Vorzeichen. Da gibt es mal bessere und mal schlechtere Beiträge, das aber traf auf die SED-Propaganda auch zu. Mit dieser Einschätzung ist übrigens nicht gemeint, dass im Zuge der Aufarbeitung in bedeutendem Umfang gelogen oder gefälscht würde. Für die Art und Weise, mit der das Publikum nachdrücklich belästigt wird, ist typisch, dass die vorgebrachten Einzelheiten stimmen. Dennoch wurde bzw. wird getäuscht, getrickt und manipuliert, was das Zeug hält.

Bei diesem Vorgang handelt es sich um das Verbreiten der Unwahrheit sozusagen in höherem Sinne. Denn am besten lügt es sich immer noch mit der Wahrheit. Der Vorgang ist so simpel und durchschaubar, wie er wirkungsvoll ist. Sein Grundschema: Angenommen, für einen Sachverhalt sprechen 500 Aspekte, und drei sprechen gegen ihn. Jetzt gebe man den 500 Aspekten einfach das Gewicht der drei und den dreien das Gewicht der 500. Gelogen wird dabei nicht im engeren Sinne, sondern im weiteren. Hierbei handelt es sich um eines der beliebtesten Verfahren der Aufarbeitungsindustrie. Wer hier mental eingerastet ist, für den ist das daraus Folgende einfach nur folgerichtig.

Der wirkmächtigste deutsche Dichter des 20. Jahrhunderts, Bertolt Brecht, war ein leidenschaftlicher Anhänger der DDR, er entschied sich bewusst für diesen Staat und sein politisches System. Dafür gibt es nicht 500, dafür gibt es 1.000 Belege. Es gibt aber auch eine Handvoll Belege dafür, dass Brecht sich nachdenklich-kritisch gegenüber der DDR äußerte. Was geschieht nun heute? Thema ist Brechts »gespaltenes Verhältnis« zur DDR (Wochenmagazin *Epoch Times Deutschland*), dass DDR-Funktionäre ihm »Steine in den Weg gelegt« hätten und dann auch noch, »wo immer sie konnten«, dass er natürlich »missbraucht« worden sei (Kulturmagazin *Globkult*), dass der FDJ-Zentralrat ihn »am Arsch lecken« könne (*Berliner Zeitung*), dass er sich dem Kommunismus gegenüber »taktisch verhalten« und eine »innere Distanz« bewahrt hätte (*Die Welt*). Fast ausschließlich die kritischen Äußerungen Brechts werden vorgelesen, das Entscheidende bleibt gleichsam »unter Verschluss«, denn es passt nicht in das gewünschte Bild. Aber Bertolt Brecht hielt – bei aller gebotenen Nachdenklichkeit – mit allen Fasern seines Wesens zur DDR. Er war sogar bereit, nach den Ereignissen vom 17. Juni 1953 in die SED einzutreten.

Natürlich darf sich der Kritiker dieser Zustände auf ein solches Niveau nicht begeben, und es darf ihm nicht darum gehen, den einseitigen Verteilungen der DDR ihre einseitige Idealisierung entgegenzusetzen. Vielmehr gilt bloßzuliegen, welche unredlichen Verfahren von der Aufarbeitungsindustrie in Anschlag gebracht werden. Dieser Vorgang entzieht sich keineswegs der Analyse, obwohl das den Aufarbeitern nun wirklich am allerwenigsten schmeckt.

In dem offenen Brief vom November 2013 an Vertreter der Bundesregierung und weitere Spitzenpolitiker mit der Forderung nach Fortsetzung der Millionenzahlungen (für ihre Arbeit, jW) verkündeten die Institutionen der Aufarbeitung, dass sie »mit ihrer wichtigen Arbeit einen unverzichtbaren Beitrag bei der Aufklärung über die kommunistische Diktatur leisten« würden. Aber vollbringen sie wirklich Aufklärung? Handelt es sich um Aufarbeitung im eigentlichen Sinne? Welche Methoden werden in Anschlag gebracht? Das Grundschema fällt auf den ersten Blick ins Auge: Der Westen wird auf seine positiven Seiten reduziert, die DDR auf ihre negativen Gesichtspunkte, und diese Melange wird der Bevölkerung als Welt-



Aus Geschacher wird »Verantwortung« für die Menschen in der DDR, aus Geschäftemachern werden »Helden« der deutschen Einheit. Eine Aufnahme der Außenminister der Sowjetunion, Eduard Schewardnadse, und der BRD, Hans-Dietrich Genscher, wird am 3.10.2010 an die Fassade des Berliner Reichstags projiziert

und Geschichtsbild aufgedrängt. Doch lohnt auch das genauere Hinsehen. Es ist nicht schwer, diesen Vorgang zu analysieren, die Methoden aufzudecken, das Ganze zu durchdringen.

Nur Negatives

Auf die sinnentstellende, verzerrende inhaltliche Gewichtsverschiebung als ein erstrangiges Grundverfahren der Aufarbeitung sind wir am Beispiel Bertolt Brechts schon eingegangen. Tatsächlich lässt sich – zweitens – der deutschen Aufarbeitung vorwerfen: Das Problem liegt weniger in dem, was sie sagt, als vielmehr in dem, was sie bewusst verschweigt. Ein grundlegendes Verfahren ist die zielbewusste Vorauswahl der überhaupt zur Erörterung zugelassenen Aspekte. Wie an den Schwerpunkten der Stiftung Aufarbeitung (Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, jW) ablesbar ist, führt diese Vorauswahl dazu, den negativen Gesichtspunkten das entscheidende Gewicht beizumessen und so zu tun, als sei dies alles, was zu dem Gegenstand der Erörterung wert wäre.

Dies ist eben ein weiterer Trick: Beim geschichtlichen Rückblick deutscher Medien und Politiker werden konsequent die für den DDR-Staat ungünstigsten Erscheinungen gewählt. Andere werden ausgeblendet oder, wenn das beim besten oder vielmehr schlechtesten Willen nicht möglich ist, zu Nebensächlichkeiten herabgestuft.

Defizite der DDR werden bis in die kleinsten Verästelungen ausgeleuchtet, zivilisatorische Fortschritte beachtlichen Ausmaßes dagegen bewusst außer acht gelassen. Dass in der DDR das Schlagen von Kindern in der Schule verboten war, während in der BRD noch jahrzehntlang munter auf Schüller eingedroschen werden konnte, passt nicht ins Bild. Also bleibt diese Gegenüberstellung ausgeblendet. Dass Frauen im Westen bis 1977 ihren Ehemann um Erlaubnis fragen mussten, wenn sie arbeiten wollten oder sich ein Bankkonto einrichten, während schon in den Gründungsdokumenten der DDR die Gleichheit und Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Ehe postuliert wor-

den ist, desgleichen. Dass die Bundesrepublik den verbrecherischen Vietnamkrieg unterstützte, während die DDR auf der Seite der um ihre nationale Freiheit kämpfenden Menschen stand, findet keinen Eingang in die Bewertung. Dass die DDR-Programme der Wiedereingliederung einstiger Strafgefangener so aufwendig wie vorbildlich gewesen sind und allem überlegen, was sich uns an dieser Stelle in der Gegenwart bietet, werden die Aufarbeiter nicht einmal aus Versehen in den Mittelpunkt rücken. Und so weiter.

Grundtugend geistige Armut

Diese Aufarbeitung ist vor allem eins: arm. Ihre ganze Daseinsweise ist von einer schockierenden Mangelhaftigkeit; es ist, als hätte die deutsche Aufarbeitungsindustrie ein Gelübde zur geistigen Armut abgelegt; es herrscht ausgesprochene Einseitigkeit als Grundtugend. Und das hat sie wieder mit der SED-Propaganda gemeinsam. Für die existierte seinerzeit der kapitalistische Westen unter den Aspekten Hochrüstung, Kriminalität, Arbeitslosigkeit, Neofaschismus, Drogenabhängigkeit und Sozialabbau. Für die heutige Aufarbeitungspropaganda existiert die sozialistische DDR unter den Aspekten Mauer, Schießbefehl, Mangelangebot, Staatsbürgerkunde und Bespitzelung durch die Stasi. Beide Seiten hatten bzw. haben zunächst damit nicht unrecht, sowohl als auch handelt es sich um Züge, die bei der Gesamtschau nicht übergangen werden dürfen. Problematisch wird es, wenn es sich darauf reduziert.

In beiden Fällen ist der Tunnelblick Konvention. Aber: Weil das heute von den Aufarbeitern gezeichnete Bild von der DDR allein die Annahme transportiert, dass sie keinerlei Werte verkörpert hat, nichts von Wert anstrebte und schon gar nichts von Wert schuf, ist es falsch. Genauo einseitig und falsch, wie das Bild des Westens war, das in der DDR gezeichnet wurde. Historische und beweisbare Tatsache ist vielmehr, dass die DDR sich wertvolle Dinge vornahm und – auf bestimmten Feldern jedenfalls – dabei erstaunlich weit vorangekommen ist. Die Aufarbeitung in

Deutschland abstrahiert davon wissentlich und willentlich, ist also nicht auf die Beseitigung von Defiziten aus, sondern darauf, diese Defizite überhaupt erst zu produzieren und zu verstetigen.

Frei von Zusammenhängen

Ein weiteres Verfahren, wie es für die Aufarbeitungsindustrie typisch ist, ist das notorische Ausblenden von Zusammenhängen. Aber die Darstellung von Zusammenhängen scheuen die Aufarbeiter wie der Teufel das Weihwasser. Als hätte Adorno (in Auseinandersetzung mit der Aufarbeitung des Hitlerfaschismus durch die westlichen Siegermächte; Krauß verallgemeinert Adornos Erkenntnisse, jW) das geahnt, schrieb er in seinem Aufsatz »Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit«: »Zuweilen werden die Sieger zu Urhebern dessen gemacht, was die Besiegten taten, als sie selber noch oben auf waren, und für die Untaten des Hitler sollen diejenigen verantwortlich sein, die duldeten, dass er die Macht ergriff, und nicht jene, die ihm zujubelten.«

Versöhnung mit Kommunisten gibt es nicht. Unter dieser Maßgabe der Aufarbeitung wird die DDR ständig isoliert betrachtet. Dabei kann niemand die Verbrechen der DDR sinnvoll einordnen, ohne sich vor Augen zu halten, was um sie herum geschah, und vor allem: welche Verbrechen in der gleichen Zeit die westlichen Demokratien begingen. 136 Mauertote, Tausende im Stasi-Knast und Restriktionen bei Auslandsreisen sind Tatsachen, die hier den Millionen und Abermillionen Opfern entgegenstehen, die mit Leid und Tod für westliche Macht- und Aneignungsinteressen bezahlt haben. Was unterscheidet die Opfer der DDR von denen, die der freie und demokratische Westen gefordert hat? Die Antwort ist denkbar leicht: Die zu Opfern der DDR Stillisierten haben in der Regel überlebt und sind heute dazu imstande, sich ihre einstigen Gegner vorzunehmen.

Man mag einwenden, dass es unstatthaft ist, das Verbrechensvolumen eines Landes gegen das einer ganzen Staatengruppe aufrechnen zu wollen. Doch im Einzelvergleich kommen die west-

lichen Staaten auch nicht besser weg. Nehmen wir als Beispiel Frankreich in den Blick, seit 1949 Traditionsfreund, Herzensbruder, mit dem Westdeutschland wie selbstverständlich eine Wertgemeinschaft bildet. Bei dem verbrecherischen Versuch, seine Kolonie in Indochina wiedereinzurichten, hat Frankreich bis 1956 1,7 Millionen um ihre nationale Unabhängigkeit kämpfende Menschen umgebracht. In Algerien fand dieser grauenhafte Vorgang bis 1962 statt und kostete zwischen 800.000 und 1,1 Millionen Menschen das Leben. Madagaskar hatte »Glick«, da waren es nur 80.000 Opfer, welche die europäische Kolonialmacht forderte, bevor sie abzog. Massenermordung von Gefangenen, Massenfolterungen, Vergewaltigungen – kein Verbrechen hat bei diesen Kriegen gefehlt. Strafrechtlich aufgearbeitet wurde diese Zeit jedoch nie. Dass Zehntausende Deutsche in den Uniformen der Fremdenlegion einen Großteil dieser Kolonialmassaker verübten, sei hier nur am Rande vermerkt.

Will im Ernst jemand behaupten, die DDR habe auch nur den Bruchteil einer solchen Schuld auf sich geladen? Wer hat also Grund zur kritischen Aufarbeitung der eigenen Geschichte?

Starrs Geschichtsbild

Eines denkenden Menschen unwürdig ist die peinliche ahistorische Statik in der geschichtlichen Wahrnehmung der Aufarbeiter. Sie offenbart eine Beschränkung, für die es schon in der vierten Schulklasse eine schlechte Note geben müsste. Während es sich von selbst versteht, dass die Bundesrepublik der 50er Jahre nicht die der 80er Jahre war, ignorieren sie standhaft, dass auch in der DDR die Dinge im Fluss waren. Dass sich die führende Partei vielfach korrigierte, dass sie neue Wege beschritt, fällt konsequent unter den Tisch. Der Einfachheit halber – aber eben unsachgemäß – werden DDR-Merkmale der Frühzeit für die späteren Jahre geltend gemacht.

Dafür wiederum ein schillerndes Beispiel: Walter Ulbrichts kindische Verhöhnung der Beatmusik ist anscheinend alles, was zum Thema DDR

und Rockmusik zu sagen wäre. Oder doch nicht? Mal abgesehen davon, dass Rockmusik seinerzeit in der alten BRD auf ähnliche Vorbehalte und Widerstände gestoßen ist: Dass in der DDR kurz nach Ulbrichts unqualifizierter Einlassung wichtige Korrekturen stattfanden, ist genauso wahr. Im Schullesebuch (!) der 80er Jahre findet sich der Text »Give Peace a Chance«, in dem John Lennon ausdrücklich gewürdigt und bewundert wird und in dem ein Junge schreibt: »Ich fand John, seine Kollegen und ihren Schlachtruf -Yeah, Yeah, Yeah!- unheimlich stark.« Es gibt Grund zu der Annahme, dass in der DDR der Deutschrock erfunden worden ist, zumindest aber in einem Maße an Breite gewinnen konnte, wie das für die ehemalige Bundesrepublik undenkbar gewesen wäre. Die DDR richtete den weltweit ersten Lehrstuhl für Rockmusik an einer Universität ein. Um nur ein paar Details zu erwähnen, die eine sinnvolle Einordnung gestatten würden.

Das gleiche – nicht dasselbe

Nicht zuletzt hat die Aufarbeitung sich selbst in die Pflicht genommen, niemals etwas anderes anzulegen als zweierlei Maß. Die – alles in allem – äußerst zurückhaltend angewandte Todesstrafe in der DDR gilt als Beleg für ihre Unmenschlichkeit. Die praktizierte Todesstrafe in den USA, in Frankreich (bis 1981) und in Großbritannien (immerhin noch bis 1965) konnte und kann die westliche Wertgemeinschaft aber trotz vereinzelter Proteste nicht erschüttern. Häftlingsarbeit zu DDR-Zeiten ist »Zwangsarbeit«, besser noch: »Sklavenarbeit«. Häftlingsarbeit in den USA? Siehe Wertgemeinschaft. Hier wird das Streben offenbar, an seinen Gegner Maßstäbe anzulegen, vor denen man die eigene Seite verschont. Das ist sittenlos, schamlos, der geistigen Arbeit nicht würdig.

Scheinheilige Unterscheidung

Ein weiterer übler Trick bei der Aufarbeitung besteht darin, theoretisch die Gleichwertigkeit von Naziverbrechen und SED-Untaten zu ver-

neinen, sie aber in der Praxis immer wieder zusammenzuspannen. Am weitesten geht dabei die Gedenkstätte Hohenschönhausen. Ungeniert werden dort Ausstellungen gemacht wie »Ich habe meine Pflicht getan – Täter im Dritten Reich und in der DDR«. Oder: »Deutsche Diktaturen vor Gericht – Die strafrechtliche Aufarbeitung von NS- und SED-Verbrechen«. Das ist eine Grotteske vor allem deshalb, weil ja nicht die diktatorische DDR, sondern die demokratische Bundesrepublik Deutschland der sichere Hort für die Nazitäter gewesen ist. Im Westen Deutschlands sind Hitlers willige Vollstrecker in Machtpositionen gelangt oder geblieben, konnten ihre Seilschaften ausbilden und ihre Nachkommenschaft auf lukrative Posten heiven. Die BRD war kein faschistischer Staat, nein. Aber sie war ein Staat der Faschisten. Sie war ein Staat, in dem Faschisten sich geborgen und vor Strafverfolgung geschützt fühlen konnten. Die DDR hat das heute zu büßen.

Absichtsvolles Verleumden

Die Aufarbeiter lassen es sich zudem angelegen sein, unbewiesene und sogar widerlegte Behauptungen aufzustellen und sie so lange zu wiederholen, bis daraus eine »Wahrheit« wird. Studieren lässt sich das wiederum am Gebrauch des Unrechtsstaatsbegriffs. Keine dazu befugte Institution hat die DDR als »Unrechtsstaat« eingestuft, sie erfüllt auch kein Kriterium dafür. Dass sie als Unrechtsstaat bewertet werden könnte, ist juristisch vom brandenburgischen Generalstaatsanwalt Erardo C. Rautenberg widerlegt. In den Berichten von Amnesty International, die von 1972 bis 1990 auch über die DDR erschienen, findet sich kein einziger Beleg, der die DDR als »Unrechtsstaat« einstufen würde. Wenn sie kein Rechtsstaat im Sinne des deutschen Grundgesetzes war, so teilte sie diese Eigenschaft mit 80 bis 90 Prozent aller auf der Erde damals existierenden Staaten. Wenn die alle »Unrechtsstaaten« wären, ja, dann war natürlich auch die DDR einer.

Lohnt sich angesichts dieses Übermaßes an geistigem Aufufer überhaupt noch ein Wort? Wenn nun führende Aufarbeiter angesichts ihrer argumentativen Schwächen sich dagegen verwehren, »auf Augenhöhe« mit ihren intellektuellen Kontrahenten zu debattieren, dann ist ihnen zuzustimmen – allerdings in einem völlig anderen Sinne. Denn es sind Deutschlands Aufarbeiter, welche die nötige Augenhöhe nicht erreichen.

Ständiges Lärmen

Wenn ein Ideologiekombinat wie die deutsche Aufarbeitungsindustrie seine Existenzberechtigung unter Beweis stellen will, muss es trommeln, was das Zeug hält. Denn es geht in der heutigen Welt weniger darum, recht zu haben, als vielmehr recht zu behalten. Und schließlich will es Millionen aus dem Steuertopf, die man nicht einfach so bekommt, zumal auch bei den Spendern inzwischen Fragen auftauchen. Dieser Trick der Aufarbeiter besteht also im ständigen Lärmen. In der Nutzung ihrer ausgezeichneten Kontakte in die wichtigsten Medien hinein überbietet sie niemand. Es gilt, sich permanent als Rächer im Dienste der Wahrheit zu inszenieren, der dunklen Mächten gegenübersteht, denen die Maske vom Gesicht zu reißen ist.

Inzwischen fechten Historiker, die sich ihre sachliche Herangehensweise bewahren wollen, mit jenen einen Streit aus, die ihre ideologisch motivierten Thesen verbindlich machen wollen und dabei breite Unterstützung in den Medien finden. Tatsache ist jedoch: Die DDR wurde seit 1949 von ihren Feinden umfassend durchleuchtet, ihre Herrschaftsmechanismen waren schon 1990 genügend erforscht, die Zugänglichkeit der DDR-Archive hat den Beispielreichtum erhöht, nicht aber die Aussagen geändert. Umso geschickter muss der Virtuose die Klaviatur bedienen. Wo nicht der Inhalt eine Rechtfertigung darstellt, das schaffen es sicher Rhythmus und Klang.

Ohne Selbstreflexion

Der Block der Aufarbeiter ist sich in einem entscheidenden Punkt weitgehend einig: Über die juristischen, ethischen oder auch rechtsstaatlichen Grundlagen ihres Anliegens reflektieren sie nicht. Das ist ein wichtiges Merkmal, eine

wesentliche Voraussetzung ihrer Tätigkeit. Es ist aber gleichzeitig, gerade weil diese Aufarbeitung eng mit der Verfolgung ehemaliger Angehöriger der DDR-Staatssicherheit zusammenhängt, also mit dem unmittelbaren Demütigen und Entrechteten von Menschen, mit Berufsverböten und vielem mehr, ein unzulässiges, ein empörendes Versäumnis. Man halte sich vor Augen: Diese seit zweieinhalb Jahrzehnten andauernde Verfolgung gilt Menschen, die keine Straftäter sind. Oder hat irgend jemand schon einmal vernommen, dass es einen Straftatbestand darstellt, den Geheimdienst seines Vaterlandes zu unterstützen? Natürlich werden die Aufarbeiter wissen, dass jeder Mensch der Welt das Recht besitzt, mit seinem nationalen Geheimdienst zusammenzuarbeiten.

Ist die DDR der einzige Staat der Weltgeschichte, bei dem das nicht gegolten hat? Wenn dem so wäre – warum sagen es die Aufarbeiter nicht einfach? Wenn ein Russe den russischen Geheimdienst unterstützt, ein US-Amerikaner den CIA, ein Franzose, ein Brite, ein Pole die Geheimdienste ihrer jeweiligen Länder, so ist das etwas, womit man im nachhinein sogar prahlen kann, wohinter möglicherweise eine moralische Verpflichtung steht. Eine Handlung, die im Westen bewundert wird, ist jedoch ein Verfolgungsgrund, wenn ein DDR-Bürger sie beging. Das ist ein offenkundiges Bekenntnis zum Grundsatz »Wenn zwei das gleiche tun, ist es nicht dasselbe«.

Fehlende Sachlichkeit

Das führt zum letzten Punkt: Weil auf der Hand liegt, dass die alles beherrschende einseitige Sicht auf die DDR ahistorisch und unangemessen ist, in ihren Auswirkungen ethisch und rechtsstaatlich extrem bedenklich, und weil es gerade zu kinderleicht ist, sie zu widerlegen, ist noch ein entscheidendes, vielleicht das wichtigste Mittel der Aufarbeiter zu beleuchten: Sie arbeiten einer sachlichen Auseinandersetzung gezielt entgegen. Weil die Aufarbeiter in besser informierten Kreisen argumentativ nicht bestehen, werden Machtmittel gegen Andersdenkende eingesetzt. Denn Macht hat der deutsche Staat ihnen gegeben, und in die Medien hinein sind sie hervorragend vernetzt. Veranstaltungen, die immerhin vom Steuerzahler finanziert werden, werden in schamloser Einseitigkeit besetzt. Publikationen finanziert, wenn sie die genehme ideologische Ausrichtung versprechen. Dieses Gehabe wird als Wissenschaft oder Forschung ausgegeben.

Ein auf wundersame Weise dressierter Mainstream-Journalismus steht den Aufarbeitern zur Seite, verordnete sich in diesem Punkt Selbstgleichschaltung und sorgt dafür, dass kaum jemand öffentlich die »falschen Fragen« stellen kann. Inzwischen werden sogar Menschen wie Friedrich Schorlemmer, Daniela Dahn, Matthias Platzeck oder Lothar de Maizière, die sich der unverföhrenen Einseitigkeit nicht beugen, ins Zweifelt gerückt. Sie werden geschnitten, ausgegrenzt, verleumdet. Menschen, die anderer Meinung sind, werden nicht an die Mikrofone gelassen. Weil die Aufarbeiter in sachlichen Auseinandersetzungen nicht bestehen, wählen sie als Kampffeld die Unsachlichkeit. Sie schämen sich nicht, wissenschaftliche Fragestellungen politisch und mit institutionellen Machtmitteln entscheiden zu wollen.

Diese Aufarbeitung erfüllt nicht die Kriterien einer sachlichen Geschichtsbetrachtung, sie erfüllt die der Bauernfängerei. Es handelt sich um die Wiederarerstehung der Propaganda. Ihre traurigen Triumphe beruhen auf vorschriftsmäßig erworbener Erkenntnis, vor allem aber auf Unkenntnis.

■ Matthias Krauß: Wem nützt die »Aufarbeitung«? Die institutionalisierte Abrechnung. Eine Streitschrift. Berlin 2016, Edition Ost, 204 Seiten, 12,99 Euro – auch im jW-Shop erhältlich

■ Lesen Sie morgen auf den jW-Themaselten:

Finnland – Vom europäischen Musterland zum Euro-kritischen Krisenfall

Von Theo Wentzke